

Ressort: Politik

Anwaltverein: Höhere Strafen führen nicht zu weniger Einbrüchen

Berlin, 31.03.2017, 01:00 Uhr

GDN - Das Koalitionsvorhaben einer höheren Mindeststrafe für Wohnungseinbrüche wird nach Einschätzung des Deutschen Anwaltvereins (DAV) nicht zu einer Reduzierung von Einbrüchen führen. DAV-Präsident Ulrich Schellenberg sagte der "Berliner Zeitung" (Freitagausgabe), schon heute könne Wohnungseinbruch mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden.

"Gerade dies zeigt, dass die Abschreckungswirkung hoher Strafen oft überschätzt wird". Trotz der hohen Strafandrohung sei die Zahl der Einbrüche seit Jahren gestiegen. Wichtiger als eine Strafverschärfung sei es, die Einbrecher überhaupt zu fassen. "Solange das nicht geschieht, doktert die Bundesregierung an den falschen Symptomen herum", sagte Schellenberg. Die Spitzen der großen Koalition hatten in einem Koalitionsausschuss auf Drängen der Union beschlossen, als Mindeststrafe für Wohnungseinbrüche ein Jahr Gefängnis festzusetzen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-87379/anwaltverein-hoehere-strafen-fuehren-nicht-zu-weniger-einbruechen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com